

Helmut Creutz: Zur Wirtschaftslage in der DDR

3

Wo liegen die Probleme? – Wo kann und müßte man ansetzen? Versuch einer Kurzbeschreibung unter besonderer Berücksichtigung der Geld- und Bodenfrage

I. Vorweg einige Thesen:

These 1 *Freie Marktwirtschaft wird meist mit Kapitalismus gleichgesetzt, Plan- und Funktionärswirtschaft mit Sozialismus/Kommunismus. In Wirklichkeit setzt ein freier Markt und eine gerechte Gesellschaft die Überwindung des Kapitalismus ebenso voraus wie die der Funktionärs- und Planwirtschaft.*

These 2 *Geld und Boden sind das Fundament, die Wirtschaft der Unterbau jeder Gesellschaft. Eine stabile und gerechte Gesellschaft ist also nur auf der Grundlage einer stabilen und gerechten Wirtschaft möglich, diese nur auf der Basis einer stabilen und gerechten Geld- und Bodenordnung.*

In den letzten ereignisreichen Wochen hat sich immer mehr herausgestellt, daß für eine konstruktive demokratische Entwicklung in der DDR letztlich die Überwindung der wirtschaftlichen Probleme entscheidend sein wird. Daß dazu marktgerechte Versorgungs- und Preisstrukturen gehören, private Initiative und leistungsgerechte Entlohnung, wird von der Mehrheit der Reformer erkannt.

Dabei fällt es jedoch den meisten schwer (und das gilt für den Osten wie den Westen gleichermaßen), die entscheidenden Wirkungsmechanismen in der Wirtschaft unvorbelastet zu erkennen. Dies gilt für die These 1 ebenso wie für die These 2.

II. Das »Fundament« einer soliden Wirtschaftsordnung

Da grundlegende Verbesserungen einer Problemsituation nachhaltig nur bei Korrekturen auf der untersten Ursachenebene möglich und erfolgversprechend sind, soll nachfolgend die Geld- und Bodenfrage besonders angesprochen werden, die als »Fundament« der Wirtschaft und Gesellschaft gesehen werden muß. Dabei wird sich zeigen, in welcher enger Beziehung diese beiden Bereiche zur Kapitalismusfrage und -überwindung stehen.

III. Gedanken zur Boden- und Gebäudefrage

a) Boden:

Wie Licht, Luft und Wasser, ist der Boden eine Naturvorgabe und Lebensgrundlage für alle Menschen. Da nicht vermehrbar, handelt es sich dabei um Monopolgüter, die darum – will man Ausbeutung vermeiden – nicht privates Eigentum sein dürfen.

Da in der DDR der Boden verstaatlicht ist, besteht in diesem Punkt eine günstige Ausgangslage. Eine erneute Privatisierung muß auf alle Fälle vermieden werden. Wohl aber ist die Bodennutzung zu privatisieren. Das heißt, der Boden muß auf der Basis langfristiger Nutzungsverträge (Erbbaurecht, Pachtverträge) den Bürgern überlassen werden. Dabei soll die Vergabe nach dem Meistbietungsverfahren in öffentlicher Ausschreibung erfolgen. Die Pachtgebühren sind in regelmäßigen Abständen der Marktlage anzupassen, der Schutz des Bodens vor Ausbeutung und Vergiftung durch Abgaben nach dem Verursacherprinzip einzugrenzen.

Da der Boden allen Menschen gleichermaßen gehört, sollen auch die Einnahmen daraus allen zufließen. Nicht der Staat, sondern eine öffentlich-rechtliche Behörde sollte die Einnahmen verwalten und an die Bürger zurückverteilen. Am günstigsten wäre eine Rückverteilung auf die Zeit des Heranwachsens begrenzt. Mit solch einem weitgehend kostendeckenden Kinder- bzw. Erziehergeld würde auch der soziale Abstieg von Eltern und Alleinerziehern aufgehoben.

b) Gebäude und Wohnungen:

Von Menschen geschaffene Werte sollen auch ihr Eigentum sein. Das gilt auch für Wohnungen, vor allem, wenn Nutzung und Eigentum zusammenfallen. Auch hier ist die DDR in der günstigen Lage, daß es keine

Großvermieter gibt und die meisten Wohnungen im Staatsbesitz sind. Um den weiteren Verfall dieser Wohnungen zu verhindern, sollten sie den Nutzern/Mietern zum Kauf angeboten werden, z. B. durch Verdoppelung oder Verdreifachung der heutigen Mieten. Die Eigentums-Umschreibung erfolgt sofort, um das Interesse der Nutzer an dem Erhalt der Wohnungen und entsprechende Eigen- und Gemeinschaftsaktivitäten zu beleben. Die Kauf-Abschlagzahlungen, die über die bisherigen Mieten hinausgehen, sollten in einen besonderen Fond eingehen, aus dem der Wohnungsbau ebenso ebenso gefördert werden kann wie die notwendigen Reparaturen. |

4

In bezug auf das Geld ist die Situation in der DDR ähnlich problematisch wie in den meisten Ostblockländern: Die Geldmenge wurde, bei staatlich eingefrorenen Preisen, ständig ausgeweitet. Das Ergebnis ist eine aufgestaute Inflation, eine völlig unbestimmbare Kaufkraft des Geldes und damit die Unmöglichkeit eines Austausches oder Verrechnens mit anderen Währungen.

Aus dieser Situation gibt es nur den Ausweg einer Anpassung der Preise an die Geldmenge, oder eine Abschöpfung des zuviel vorhandenen Geldes. Der erste Weg führt zu einer Inflation, die sich über ständig erzwungene Lohnerhöhungen selber nährt und kaum noch in den Griff zu bekommen ist (siehe Polen, Jugoslawien und Lateinamerika). Der Ausweg über eine Abschöpfung des überschüssigen Geldes ist zwar eine Radikalkur, aber die einzige, die Heilung verspricht. Im Gegensatz zu einer Inflation, die vor allem die ärmeren Bevölkerungsgruppen trifft, beeinträchtigt eine Geldabschöpfung in erster Linie diejenigen, die über größere Geldbestände bzw. Geldguthaben verfügen. Im Gleichschritt mit einer Einführung freier Märkte und freier Preisbildungen, vor allem im Konsumgüterbereich, würde eine solche Geldabschöpfung sehr schnell zu realen Kaufkraftparitäten führen und damit zur Konvertierbarkeit der neuen Währung. Und da ein solches kaufkraftstabiles Geld zur Leistung motiviert, würde auch die gesamte Wirtschaft eine Belebung erfahren.

Währungsumstellung schrittweise

Die vorhandenen Geldguthaben könnten zwischenzeitlich eingefroren und – nach Einspielung der Währungsumstellung – schrittweise und evtl. nach oben eingegrenzt, den neuen Paritäten entsprechend freigegeben werden. Zumindest für die aus eigener Arbeit stammenden Ersparnisse würden damit Verluste vermieden. Wichtig wäre, daß solch

eine Geldabschöpfung und die Herausgabe eines neuen Geldes mit einer Korrektur der Währungsordnung verbunden wird. Konkret: Mit einer konstruktiven Geldumlaufsicherung, die das Ansammeln überschüssiger Gelder außerhalb des Nachfragekreislaufs zukünftig verhindert bzw. auf ein erträgliches Maß minimiert. Erreicht werden kann das durch eine ans Geld gebundene Geldnutzungs- oder -rückhaltegebühr, die ein Festhalten von Geld mit Kosten belastet. Damit würde der Zins – die heutige Umlaufsicherung für das Geld – von dieser Aufgabe entlastet und zu seiner Funktionstüchtigkeit nicht mehr an eine bestimmte Höhe gebunden. Vielmehr würde der Zins, mit zunehmendem Ausgleich zwischen Kapitalangebot und -nachfrage, langsam gegen Null absinken, da man ja sein überschüssiges Geld auch ohne Zinsanspruch zur Bank gibt, um den sonst möglicherweise anfallenden Kosten zu entgehen.

Ausbeutung reduziert

Mit sinkenden Zinsen würde dann vor allem die mit dem Zins verbundene Einkommens-Umverteilung zurückgehen, die heute einen ständigen Transfer von der Arbeit zum Besitz bewirkt. Das heißt, die zinsbedingte Ausbeutung der arbeitenden Menschen wird reduziert. Und da mit dem Geldzins auch die Kapitalrendite sinkt (zumindest bei gesättigten Märkten) wird auf Dauer der Kapitalismus, der bislang nirgendwo überwunden wurde, langsam austrocknen. Oder wie Keynes es formulierte, wird es »zum sanften Tod des Rentiers« kommen. Mit sinkendem Zins geht außerdem die ständige Geldvermögensakkumulation und -konzentration zurück, die sich weitgehend aus den Zinseinkünften nährt. Damit wiederum verringert sich der an die Geldvermögensbildung gebundene Verschuldungszwang wie der daraus resultierende ständige Wachstumswang. Denn solange sich mit den Geld- und Sachvermögen auch die Zinsströme vergrößern, muß die Leistung der Wirtschaft ständig ausgeweitet werden, wenn die Arbeitsleistenden nicht verarmen sollen.

Die Korrektur der Geldumlaufsicherung ist also nicht nur eine Voraussetzung für stabiles Geld und die Lösung der sozialen Frage, sondern auch für die der Umweltproblematik.

Die praktische Umsetzung:

Hierzu gibt es verschiedene Modelle und auch praktische Erfahrungen, auf die man zurückgreifen kann. Wahrscheinlich würde es bereits genügen, wenn auf den neuen Geldscheinen nicht nur die Vermehrung der

Geldmenge unter Strafandrohung gestellt würde, sondern auch ihre Verminderung durch Zurückhaltung. Geld ist das wichtigste Verkehrsmittel einer Wirtschaft und muß darum allen spekulativen Mißbräuchen entzogen werden. Die heute bereits gegebene Annahmepflicht des Geldes muß durch eine Weitergabepflicht ergänzt werden, wenn es zu einer dauerhaften Stabilisierung der Wirtschaft und damit der Gesellschaft kommen soll.

Editorische Notiz: Dieser Artikel erschien in der Zeitschrift »Der Dritte Weg« (1/1990: 3–4) und wurde in der Zeitschrift »Alternativen« (1/1990) nachgedruckt.

Dieser Text von Helmut Creutz ist urheberrechtlich geschützt unter der CC-Lizenz BY-NC-SA 4.0.

